

Informationszentrum

Berlin, 09.01.1990

E i n s c h ä t z u n gder Lage in den Bezirken am 08.01.1990

Die politische Lage in den Bezirken ist von einer Zunahme politischer Aktivitäten geprägt. Vor allem in den Südbezirken ist es nach der Feiertagspause wieder zu zahlreichen Demonstrationen gekommen (Anlage).

Mit zunehmender Schärfe (Streikandrohungen und Warnstreiks) wird gefordert,

- die soziale Sicherstellung für ehemalige Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit zurückzunehmen;
- die Bildung eines Verfassungsschutzes bis nach den Wahlen auszusetzen;
- kein Verbot der Unterstützung von Parteien und Bewegungen durch die BRD in das Wahlgesetz aufzunehmen.

1. Mit 100.000 Teilnehmern erreichte die 1. Montagsdemonstration in diesem Jahr in Leipzig annähernd wieder die Teilnehmerzahl der letzten Montagsdemonstration vom 18.12.1989 (120.000 Teilnehmer). Diese Demonstration wurde erstmalig nicht vom Leipziger "Runden Tisch" mitgetragen.

Es gab Diskussionen zum Für und Wider eines Generalstreiks. Teilnehmer, die gegen die Wiedervereinigung und für die Regierung Modrow auftraten, mußten sich wegen zunehmender Aggressivität und Intoleranz zurückziehen. Das im Demonstrationszug agierende ZDF-Team trug zum Anheizen der Stimmung bei.

2. Von zahlreichen Kollektiven und Einzelpersonen wird in kompromißloser und teilweise aggressiver Form gefordert, die Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von ehemaligen Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit aufzuheben.

So schreibt der Betriebsdirektor des VEB Wälzlagerwerk Zella-Mehlis/Suhl, daß er ab sofort bis zur Rücknahme der jetzigen

Festlegungen die Einstellung ehemaliger Mitarbeiter rückgängig machen will. Sein Standpunkt wäre mit dem der 1.100 Werktätigen des Betriebes identisch. Bei Nichtbeachtung werden Störungen des Arbeitsfriedens angekündigt.

Über Streikdrohungen mit gleichem Motiv im VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis informiert der BGL-Vorsitzende des Betriebes.

Im VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk Suhl wurde der am 05.01.1990 angekündigte Warnstreik am 08.01.1990 wahrgemacht. In der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr wurde die Arbeit durch ca. 1.000 Werktätige niedergelegt. Sie demonstrierten in dieser Zeit vom Betrieb zum Gebäude des Bezirksvorstandes der SED/PDS. Diesem Streik schlossen sich weitere Werktätige aus der Stadt **Suhl** an.

Aus fast allen Betrieben der Stadt **Zella-Mehlis** demonstrierten weiterhin 500 Werktätige mit dem gleichen politischen Ziel vor dem Rat des Kreises Suhl/Land.

Im Bezirk **Erfurt** sind für Dienstag, den 09.01.1990, in den Kreisen Bad Salzungen und Nordhausen Demonstrationen angekündigt, bei denen die Empörung gegen soziale Unterstützungsmaßnahmen für ehemalige Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit geäußert werden soll.

Vom "Runden Tisch" der Stadt **Colditz/Grimma/Leipzig** wird über die Rücknahme der Überbrückungsgelder hinaus gefordert, sofort Gerichtsverfahren gegen die verantwortliche ehemalige Partei- und Staatsführung zu eröffnen. Weiterhin wird die sofortige Vorlage des Entwurfs zum neuen Mediengesetz und die öffentliche Diskussion darüber verlangt.

Zu dem brisanten Thema der Überbrückungsgelder schlägt die BGL des VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" **Wildau/Königs-Wusterhausen/Potsdam** vor, für die Übergangszeit für max. 3 Monate eine Ausgleichszahlung in Höhe von 80 % des letzten Nettoverdienstes bis zur Aufnahme eines neuen Arbeitsrechtsverhältnisses zu zahlen.

3. In einer Vielzahl von Zuschriften versichern Einzelpersonen und Personengruppen der Regierung ihre Unterstützung beim Aufbau des Verfassungsschutzes und eines Nachrichtendienstes sowie bei

der Festigung der Gesetzlichkeit im Lande. Schwerpunkte sind vor allem

- Forderungen nach Recht und Ordnung in der DDR, um eine Lage wie in der Weimarer Republik zu verhindern, und den Schutz der Würde der Menschen und ihrer Persönlichkeit zu garantieren;
- Erwartungen zur schnellstmöglichen Bildung des Verfassungsschutzes der DDR zum Kampf gegen neofaschistische Tendenzen;
- Forderungen zum Schutz der Rechte der ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS z. B. bei der Arbeitsaufnahme. Hier wird z. T. auf die Möglichkeit des Absetzens in die BRD verwiesen, mit dem daraus resultierenden Verrat und der Möglichkeit, Arbeitslosenunterstützung zu erhalten.

Weiterhin bewerben sich Zivilpersonen um die Einstellung in den Verfassungsschutz.

In einem Vorschlag wird die Schaffung von Wirtschaftsdetekteien unterbreitet, die auf privater Basis arbeiten sollen, da alle bisherigen Systeme der Kontrolle versagt hätten.

4. Bis zum 08.01.1990 wurden insgesamt 26.535 Mitarbeiter des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit entlassen, wovon 1.910 durch die Zollverwaltung der DDR übernommen wurden. Die Nachrichtenverbindungen über Dienstleistungen von Berlin zu den ehemaligen Bezirksämtern haben sich verschlechtert (nicht erreichbar: Erfurt, Leipzig und Frankfurt/Oder).

Im Zusammenhang mit der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Berlin wurden die Forderungen des Bürgerkomitees aggressiver (Abschalten des Nachrichtennetzes, Entbindung der Mitarbeiter von der Schweigepflicht, Durchführung von Mitarbeiterverhören). Zum ehemaligen Bezirksamt Potsdam konnte ein Konsens zum Ablaufplan der Konzentration und Selektion des operativen Schriftgutes erreicht werden.

5. Die Versorgung der Bevölkerung mit den Waren des täglichen Bedarfs ist im wesentlichen gesichert.

Im Zusammenhang mit der hohen Zahl von BRD-Bürgern, die sich besuchsweise in der DDR aufhalten, wird durch die Bezirke über keine besonderen Tendenzen im Kaufverhalten informiert. Lediglich aus dem Bezirk **Suhl** wird über Kaufinteresse der BRD-Bürger für Kinderbekleidung, Porzellan, Jenaer Glas, hochwertige Schuhe sowie für Bücher und Schreibwaren berichtet.

Einen Engpaß bilden die Gaststätten-Kapazitäten. Vor allem in den grenznahen Städten und Gemeinden wird unter den gegenwärtigen Bedingungen das Gaststättennetz als unterentwickelt und veraltet eingeschätzt.

Zur Beseitigung dieser Mängel werden erste Aktivitäten von BRD-Unternehmen bekannt. So bietet dem Kreis Lobenstein/Gera die Kulmbacher Brauerei die Lieferung von Getränken zum "Null-Tarif" an. Aus dem Erlös sollen private Gaststätten rekonstruiert und modernisiert werden. Dafür wird als Gegenleistung der Abschluß langfristiger Lieferverträge gefordert.